No. 99. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Freitag, 28. Februar 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: S. Dresdnerstr. 41, SO. Kottbuserstr. 1, SO. Oranienstr. 20, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Rykestr. 31, N. Schiffbauerdamm, N. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingplatz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 136, W. Potsdamerstr. 33, W. Bayreutherstr. 32, W. Leipzigerstr. 103, SW. Wittenbergplatz 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 88/84 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 3, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 135.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Enteignungsvorlage angenommen!

Das Herrenhaus

hat gestern nach beinahe siebenstündiger Debatte dem Antrage Adickes zugestimmt, der die von der Herrenhauskommission beschlossenen neuen Bestimmungen des Paragraphen 13 der Enteignungsvorlage wieder beseitigt und die vom Abgeordnetenhause beschlossene Form wieder herstellt. Die Vertreter der Regierung, der Landwirtschaftsminister v. Arnim und Fürst Bülow, halten ausdrücklich ihre Zustimmung zu dem Antrage Adickes erklärt. Die Abstimmung war namentlich; für den Antrag Adickes stimmten 140, dagegen 111 Mitglieder des Hauses.

In der oppositionellen Minderheit befanden sich unter anderen der Schwager des Kaisers, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Oberbürgermeister Kirschner, der Generalfeldmarschall Graf Häseler, die Herzoge zu Trachenberg und von Ratibor, Fürst Fürstenberg, Fürst Stolberg-Wernigerode, Staatssekretär a. D. v. Hollmann.

Fürst Bülow wurde — man ist im Herrenhause stets musterhaft höflich und liebenswürdig — von mehreren Seiten beglückwünscht. Allzu stolz braucht er auf seinen „Sieg" nicht zu sein. Erstens ist es keine große Mehrheit, die ihm ihr Vertrauen ausgedrückt hat, und zweitens ist es keine glänzende Sache, die er mit Hilfe des Herrn v. Loebell hinter den Kulissen durchgedrückt hat. Auch in der gestrigen Sitzung der ersten Kammer spielten unter den Rednern des Hauses die Gegner der Vorlage die führende Rolle: Graf Oppersdorf, der alte Fürst Radziwill, Freiherr v. Tschammer, v. Buch-Stolpe. Sie erklärten dem Fürsten Bülow, daß alle Schönrednereien am Ministertische die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß die Vorlage eine Verfassungsverletzung bedeutet, daß sie die Erbitterung unter den Polen steigern wird, daß sie eine durchaus verkehrte und unmoralische Maßregel ist. Auch Kardinal Kopp wandte sich in vorsichtigen und wohlerwogenen Wendungen erneut gegen die Vorlage. Mit besonderer Schärfe ging Graf Oppersdorf ins Zeug, der dem Fürsten Bülow das treffende Wort zurief, die Verfassung sei kein schönrednerischer Katechismus.

Der Ministerpräsident fühlte sich veranlaßt, beteuernd von der Stetigkeit der Ostmarkenpolitik zu reden. Er hat sich im Ausdruck geirrt: Störrigkeit ist richtiger. Denn störrisch verfolgt die Regierung hier, von den Hakatisten getrieben, den falschesten Weg, den es gibt, und der unfehlbar zum Verderben führt.

Mit einem schweren Seufzer der Erleichterung wird Fürst Bülow das Ergebnis der Abstimmung vernommen und sich selber den wärmsten Glückwunsch ausgesprochen haben. Aber er hat keinen Grund, zu triumphieren; es ist ein jämmerlicher Pyrrhussieg, den er gestern erfochten hat. Mit dem Enteignungsgesetz verläßt die Regierung den sicheren Boden der Verfassung. Sie betritt einen Weg, der ins Ungewisse führt, sie begeht eine Tat, deren Folgen unabsehbar sein werden. Sie muß darauf gefaßt sein, daß an ihr das alte Wort in Erfüllung geht: Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Und das Herrenhaus? Vorgestern konnten Optimisten vielleicht glauben, daß es einen Anlauf nehmen wolle, um sich in eine wirkliche parlamentarische Körperschaft zu verwandeln. Die gestrige Abstimmung hat gezeigt, daß dieser Schein trügerisch war. Es bleibt das fossile Institut, das es stets gewesen ist. Wir haben nichts anderes erwartet; wir freuen uns dessen, und alle Freunde des Fortschritts können sich mit uns freuen. Wird doch durch diese Erkenntnis das preußische Volk abermals aufgerüttelt, nicht nachzulassen im Kampfe gegen die schwärzeste Reaktion; liegt doch in diesem Rückfall des Herrenhauses in seine gewohnte stumpfe Stagnation eine neue Aufmunterung des demokratischen Gedankens. Das Volk sieht wieder, daß es nur auf seine eigene Kraft vertrauen darf, und daß es alles, was es erreichen will, nur aus eigenen Mitteln gegen die Reaktion erreichen kann.

Das Abgeordnetenhaus

begann gestern die Beratung des Etats des Ministeriums des Inneren. Herr Strosser von den Konservativen gab wieder seiner lex Heinze-Sehnsucht Ausdruck; treffend entgegnete ihm der Abgeordnete Münsterberg (freisinnige Vereinigung), daß eine falsche Prüderie freilich nichts Nackes sehen könne, ohne an etwas Gemeines zu denken. Natürlich wehklagte der konservative Redner wieder über das Sündenbabel Berlin. Freilich, so wie in Posemuckel oder in Burtehude geht es des Nachts auf den Berliner Straßen nicht zu. Aber die Einwohner der Provinz, die vom Berliner Nachtleben nicht genug schwärmen können, sollten ihre Vertreter im Abgeordnetenhause davor warnen, fortwährend nach dem Schutzmann zu schreien. Denn wenn einmal ihr sehnlichster Wunsch in Erfüllung geht und alles in Berlin um 10 Uhr ins Bett gesteckt wird, unter polizeilicher Aufsicht natürlich, wo sollen denn die Provinzonkels sich amüsieren?

Zustimmen kann man dem, was im Hause gestern gegen die geplante Automobilrennbahn im Taunus gesagt wurde. Abgeordneter v. Zedlitz (freikonservativ) wünschte eine Dezentralisation der Verwaltung und eine Verringerung der Kontrollbeamten sowie mehr Freiheit für die Selbstverwaltung. Der Minister schwieg sich gegenüber diesem letzten Wunsche aus. Etwas anderes war nicht zu erwarten. Heute geht die Beratung weiter.

Der „kleine Befähigungsnachweis"

beschäftigte gestern den Reichstag. Die Vorlage fand den Beifall der Zünftler, denen sich die freisinnige Volkspartei anschloß. Eingehende Kritik übten nur die sozialdemokratischen Redner; der Abgeordnete Wieland von der deutschen Volkspartei meinte bei der Begründung seiner ablehnenden Haltung gegen den nur noch von wenigen Innungsfanatikern heißersehnten allgemeinen Befähigungsnachweis, der beste Schutz des Handwerkers sei seine persönliche Tüchtigkeit. Das stimmt. Die Debatte wurde gestern noch nicht zu Ende geführt.

Der Bundesrat

stimmte in seiner gestrigen Sitzung dem Entwurfe eines Gesetzes auf Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozeßordnung usw. zu.

Zur Wahl Eickhoffs,

die nur durch die ungewöhnlichsten Wahlbeeinflussungen zustande gekommen ist, haben die Sozialdemokraten den Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, den Generalmajor Keim eidlich darüber vernehmen zu lassen, welche Tatsachen oder Erklärungen seitens der Beamten des Reichskanzleramtes ihn veranlaßt haben, Herrn Eickhoff gegenüber in seinem Briefe vom 17. Januar 1907 in so positiver Form zu erklären, daß die „amtliche Unterstützung seiner Wahl in jeder Weise sichergestellt" sei.

Das Zentrum stellt den Antrag an den Reichstag, er wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen:

Ueber die Behauptung der Wahlanfechtung, daß der Wahlkreis mit Flugblättern und Schriften überschwemmt wurde, welche im Kolonialamt hergestellt, verpackt und versandt worden sind, als Zeugen Generalmajor Keim, Unterstaatssekretär v. Löbell eidlich vernehmen und hierbei erheben zu lassen, ob und in welchem Umfang die in der Wahlanfechtung bezeichneten Schriften zur Versendung in den Wahlkreis gelangten und an welche Adressen die Versendung erfolgte.

Inzwischen besinnt sich vielleicht Herr Eickhoff und legt das Mandat freiwillig nieder. Sind die Wähler in Lennep-Mettmann auch ohne amtliche Nachhilfe für ihn genügend begeistert, so wird er ja sofort wiedergewählt werden, und er darf dann an seinem Mandat eine reine Freude haben.

Ein verspäteter Protest.

Nach einem Telegramm aus Darmstadt nahm die zweite hessische Kammer gestern den Gesetzentwurf bezüglich der Ruhegehaltsverhältnisse und der Versorgung der Hinterbliebenen der mhessisch-preußischen Gemeinschaftsdienst angestellten hessischen Staatseisenbahnbeamten an. Der Finanzminister Gnauth kam dabei nochmals auf die Verhandlungen vom 21. Januar zurück und erklärte, der unfreundliche Ton, der schon öfters in diesem Hause gegenüber dem Gemeinschaftsverhältnis geherrscht habe, sei an diesem Tage zu einer solchen Schärfe angewachsen und habe zu so heftigen Angriffen gegen Preußen und die hessische Staatsregierung geführt, daß er, der Redner, jede Verantwortung für die sich etwa ergebenden Konsequenzen ablehnen müsse. Im Namen der Regierung müsse er die über jedes Maß hinausgehende Kritik eines mit einer befreundeten Regierung abgeschlossenen Vertrages und die vermeßenen (!) Angriffe gegen die Staatsregierung auf das nachdrücklichste zurückweisen.

Befürchtet etwa der hessische Finanzminister, daß Preußen das kleine Hessen zur Strafe für die in der zweiten Kammer verübten Sünden annektieren könnte?

Die Vernichtung einer bulgarischen Bande.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ist nach Angabe der Pforte eine 25 Mann starke Bulgarenbande im Bezirk Strumitza vernichtet worden.

Die drahtlose Telegraphie

sucht jetzt auch die Pforte ihren Zwecken dienstbar zu machen. Nach einem Telegramm aus Konstantinopel beschloß sie, mit verschiedenen weit entfernten Orten des Reiches, besonders mit dem Persischen Golf, Hedschas und Yemen, eine Verbindung durch drahtlose Telegraphie einzurichten. Zwischen den Wilajets Smyrna und Tripolis besteht diese Einrichtung bereits.

Immer noch keine Antwort.

Von dem General d'Amade dem Führer der in dem Gebiet von Casablanca operierenden französischen Truppen, ist auf die vom Ministerpräsidenten Clemenceau an ihn gerichtete Anfrage über die von ihm beabsichtigten militärischen Operationen bis gestern abend noch keine Antwort in Paris eingetroffen. Man muß annehmen, daß irgendwelche nicht vorhergesehene Hindernisse das Eintreffen der Antwort in Paris verzögert haben. Denn eine offene Widersetzlichkeit des Generals d'Amade gegenüber dem Kabinett wäre angesichts der überaus ungünstigen Situation, in der sich der General gegenwärtig befindet, der reine Wahnsinn.

Admiral Philibert hat aus Casablanca nach Paris berichtet, daß der Gouverneur von Mazagan sich geweigert hat, seine Garnison dem Gegensultan Muley Hafid zuzuführen. Hierauf hat dieser die fremden Konsuln in einem Rundschreiben aufgefordert, entweder dafür zu sorgen, daß die Truppen des Machsen Mazagan räumen oder daß die Ausländer sich vorsichtshalber in ihren Wohnungen aufhalten, da er beabsichtige, die Anhänger des Abdul Asis zu strafen.

Es fragt sich sehr, ob Muley Hafid es wagen wird, Mazagan anzugreifen.

Kiel, 27. Februar. In der St. Nikolai-Kirche wurde heute mittag für den verstorbenen Professor v. Esmarch eine Trauerfeier abgehalten. Hierauf wurde die Leiche nach dem Friedhof Eichhof überführt, wo die Beisetzung stattfand.

Ein starker Druck

wird gegenwärtig von England ausgeübt, um den König Leopold von Belgien und das belgische Parlament zu veranlassen, der jetzigen Verwaltung des Kongostaates ein Ende zu machen. Aus London wird berichtet:

In der letzten Sitzung des Unterhauses verurteilte eine große Anzahl von Rednern das gegenwärtig am Kongo bestehende System und forderte die Regierung auf, eine Aktion zur Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse einzuleiten. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey wies darauf hin, daß man der Frage in England wohl volles Verständnis entgegenbringe, daß man aber keine größeren Rechte oder Interessen beanspruchen könne als andere Mächte, und daß keine etwa eingeleitete Aktion dahin gehen könne, die berechtigten Interessen anderer Länder am Kongo zu schmälern oder zu verkleinern. Er sei der Meinung, daß, wenn das belgische Parlament seine Zustimmung dazu gebe, den Kongostaat zu übernehmen unter Bestimmungen, die dem Namen nach Belgien eine Verantwortlichkeit, aber ohne wirkliche Kontrolle übertrage, dies ein außerordentliches Unglück sein würde, aber er glaube nicht, daß das belgische Parlament eine solche Verantwortlichkeit ohne völlige Kontrolle auf sich nehmen werde. Er weise die Idee zurück, daß England in dieser Frage auf die belgische Regierung irgendwie einen Druck ausüben werde. (?) Wenn die anderen Mächte wünschten, mit England Hand in Hand zu gehen, so hätten sie nur einen solchen Wunsch zu äußern, und man werde gern mit ihnen zusammenarbeiten. England werde indes eine besondere Aktion vorbereiten, wolle aber warten, bis das belgische Parlament geschlossen sei und man Klarheit darüber habe, daß Belgien daran gehe, den Kongostaat unter befriedigenden Bedingungen zu übernehmen. Wenn Belgien den Kongostaat nicht übernommen haben werde, so müsse man überlegen, ob Englands Zustimmung zu Einfuhrzöllen nach dem Kongostaat, die zu dem Zweck gutgeheißen war, um den Eingeborenen eine moralische und materielle Entschädigung zu gewähren, nicht unter falschen Vorwänden erlangt worden, und ob die von ihm gestellten Bedingungen auch eingehalten seien, sowie ob der Kongostaat nicht jedes Recht zur internationaler Anerkennung verwirkt habe. (Lauter Beifall.)

Eine von Jones (radikal) eingebrachte und von Grey angenommene Resolution, die die Verwaltung des Kongostaates aufs schärfste verurteilt und die Regierung ersucht, für eine Aenderung in ihr Sorge zu tragen, wurde hierauf einstimmig angenommen.

Die einstimmige Annahme der scharfen, gegen den König Leopold von Belgien und gegen die jetzige Verwaltung des Kongostaates gerichteten Resolution läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wenn man außerdem den kräftigen und entschiedenen Ton in Betracht zieht, den der Leiter der auswärtigen Politik Englands gegenüber den an der Verwaltung des Kongostaates beteiligten Persönlichkeiten angeschlagen hat, so kann man sich nur über die Behauptung des Ministers wundern, daß England in dieser Frage keinen Druck auf die belgische Regierung ausüben wolle.

Dumaabgeordnete beim Zaren.

Wie aus Zarskoje Sselo berichtet wird, trafen dort am Mittwoch mit einem Extrazuge Abgeordnete der Duma, und zwar natürlich ausschließlich Mitglieder der Rechten, ein. Im Palais richtete der Zar an die Abgeordneten folgende Ansprache:

Ich bin froh, Sie bei mir zu sehen und Ihnen Erfolg in der anscheinend einen glücklichen Verlauf nehmenden Arbeiten der Reichsduma zu wünschen. Seien Sie eingedenk, daß Sie von mir berufen sind zum Zwecke der Ausarbeitung der für Rußland nötigen Gesetze, und um mir in der Aufgabe der Festigung der Ordnung und des Rechtes behilflich zu sein. Von allen Gesetzentwürfen, die laut meinen Weisungen in der Reichsduma eingebracht wurden, halte ich den Gesetzentwurf über die Besserung der Landbesitzverhältnisse der Bauern für den allerwichtigsten und erinnere an meine mehrfachen Hinweise, daß eine Verletzung irgendwelcher Eigentumsrechte niemals meine Sanktion erhalten wird. Ich weiß, mit welchen Gefühlen und Gedanken Sie bei mir erschienen sind. Rußland wuchs und erstarkte im Laufe von tausend Jahren dank dem inbrünstigen Glauben der russischen Leute und ihrer Ergebenheit gegenüber ihrem Kaiser und ihrer grenzenlosen Liebe zum Vaterlande. So lange dieses Gefühl im Herzen eines jeden Russen lebt, wird Rußland sich des Glückes, der Wohlfahrt und der Festigung erfreuen. Ich flehe mit Ihnen zu Gott, daß diese Gefühle immerdar im Herzen russischer Leute fortleben und die Sonne des Glückes über unserem mächtigen Vaterlande leuchten möge.

Hierauf erschien die Kaiserin Alexandra mit dem Thronfolger. Der Kaiser und die Kaiserin schritten, den Thronfolger in ihrer Mitte an den Händen haltend, die Reihen der Abgeordneten entlang; der Kaiser ließ sich mit einigen Abgeordneten in ein Gespräch ein. Den Abgeordneten wurde im Palais ein Frühstück serviert. Nach ihrer Rückkehr nach Petersburg wohnten die Abgeordneten in der Kasan-Kathedrale einem Dankgottesdienst bei.

Die Rede des Zaren an die „gutgesinnten" Mitglieder der Duma erhält dadurch einen pikanten Beigeschmack, daß ohne Zweifel in dem Hinweise auf den Schutz der Eigentumsrechte eine besondere Spitze gegen das Vorgehen der preußischen Regierung in der Polenfrage zu erblicken ist.

Abbruch der persisch-türkischen Verhandlungen.

Aus Urmia wird berichtet: Der Vorsitzende der persischen Grenzregulierungskommission schlug der türkischen Kommission vor, alle bisherigen Sitzungen als nicht dagewesen zu betrachten und die Verhandlungen von neuem zu beginnen. Die Türken gingen darauf nicht ein, sondern erklärten alle Beziehungen zwischen den beiden Kommissionen für abgebrochen. Wie weiter berichtet wird, bildeten scharfe Auslassungen des